

# Correspondent.

Ercheint: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr. Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pf. durch den Hermiträger. — 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 72.

Mittwoch den 12. April.

1893.

## Das Schlussergebnis der Steuerreform.

Bei der Beratung des neuen Einkommensteuergesetzes wurde festgesetzt, daß die Mehreinnahmen in Folge der Durchführung der Selbstbeschätzung und damit der gerechtem Veranlagung der Steuern, welche der Finanzminister auf 15 Millionen, die Freisinnigen auf 30 Millionen schätzten, während sie befanntlich im ersten Jahre 40 Millionen ergeben haben, zur Durchführung einer weiteren Steuerreform verwendet werden sollten. Für den Fall aber über eine solche eine Verständigung bis zum 1. April 1894 nicht erzielt würde, wurde ein entsprechender Erlaß an Einkommensteuer in Aussicht genommen. Bei Ausführung dieses Vorbehalts wäre die Einkommensteuer in ihrem Ertrage für die Staatskasse auf die bis zum Jahre 1891 erreichte Höhe zurückgeführt und damit eine gerechtere Verteilung der Steuerlast gesichert worden. Für diejenigen Parteien, die auf eine zum mindesten teilweise Aufhebung der Grundsteuer hinarbeiteten, war dem Finanzminister mit dieser Bestimmung ein PreSSIONSMITTEL in die Hand gegeben. Sollten sie bei der Durchführung der Steuerreform zu weit gehende und die übrigen Steuerzahler schädigende Anforderungen stellen, so würde — das hat der Finanzminister selbst mehr als einmal im Abgeordnetenhaus sowohl wie im Herrenhause hervorgehoben — die bloße Hinweisung auf den Erlaß von Einkommensteuer von unsehbarer Wirkung gewesen sein. Der Landtag hat dem Finanzminister diesen Hebel in die Hand gegeben, Herr Dr. Miquel hat, bisher wenigstens, vorgezogen, von demselben keinen Gebrauch zu machen. Schon die Steuererparnisse, welche im November v. J. an das Abgeordnetenhaus gebracht wurden, kamen den Hoffnungen der Agrarier in einem für diese sehr überraschenden Umfang entgegen. Die Grundzüge der Reform sind zur Genüge bekannt. Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird als Staatssteuer aufgehoben; ebenso die Vergewerbesteuer. Der dadurch für die Staatskasse entstehende Einnahmehausfall wird durch die Ueberwälzung der Einkommensteuer, durch eine neue Vermögenssteuer in Höhe von 35 Mill. und durch die bisher den Kreisen überwiesenen Mittel der lex Huene gedeckt. An die Stelle der Realsteuern als Staatssteuern treten also Personalsteuern, denn in der Praxis kommt auch die Vermögenssteuer auf einen Zuschlag zu der Einkommensteuer von dem fundierten Einkommen heraus. Dieser Mehrbelastung der Personalsteuern durch den Staat sollte im Sinne der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ eine Verminderung der Zuschläge der Gemeinden zu der Staatssteuern gegenüber treten, indem die Hebung der Realsteuern den Gemeinden zur Deckung ihrer Ausgaben überlassen wird. Diese Entlastung zu erzwingen, dazu war in dem Communalsteuergesetz die Handhabe gegeben. Aber schon der ursprüngliche Entwurf ließ in dieser Hinsicht zu wünschen übrig. In der Begründung der Vorlage war der Nachdruck darauf gelegt, daß die Realsteuern sich nicht (oder nicht mehr) zu Staatssteuern eignen, daß aber alle Bedenken gegen die Veranlagung und Erhebung derselben in Wegfall kommen würden, sobald die Erträge in die Gemeindefassen fließen, da die Ausgaben der Gemeinden zu einem sehr erheblichen Theile den Realsteuerpflichtigen zu Gute kommen müssen, daß die Realsteuern, wenigstens insoweit sie bisher vom Staate erhoben wurden, in Zukunft zum mindesten in demselben Betrage für Rechnung der Gemeinden erhoben werden müßten. Die Realsteuerpflichtigen hätten dann immer noch den Vorbehalt gehabt, daß die bisher von den Gemeinden erhobenen Zuschläge in Wegfall gekommen wären. Anstatt dessen wurde schon in der Regierungsvorlage die Erhebung von Gemeindeforschlägen zu der Staatssteuern gleichzeitigt mit der Erhebung der bisher staatlichen Realsteuern zugelassen. In der Commission des Abgeordnetenhauses hat man den entgegen- gesetzten Weg eingeschlagen: die Einkommensteuer muß nicht, aber sie kann ganz oder theilweise freigelassen

werden, so lange die Realsteuern hundert pCt. nicht übersteigen. Diese Klausel wird sich voraussichtlich als ein Schlag in's Wasser herausstellen. Der Einfluß der Grund- und Gebäudebesitzer in den Gemeinden wird in den seltensten Fällen zulassen, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Während nun die Regierungsvorlage Zuschläge zu der Einkommensteuer über hundert Prozent hinaus nur in besonderen Fällen und mit Genehmigung der Regierung zulassen wollte, hat die Commission die ohne Weiteres zulässige Grenze bei der Belastung der Einkommensteuer auf 150 Prozent erhöht und vorgeschrieben, daß bei höheren Zuschlägen die Einkommensteuer doppelt so hoch belastet werden darf, als die Realsteuern. Und der Finanzminister hat nicht das kleinste Bedenken gehabt, dieser agrarischen Uebertriebung seine Zustimmung zu geben, obgleich er offen eingekandt, daß die Ziele der Reform auf diesem Wege nicht völlig erreicht werden könnten. Wenn die Staatsregierung, so lieb er sich vernehmen, sich nicht gegen diesen Vorschlag erkläre, so geschehe das, weil sie den vermeintlichen und wirklichen Interessen, die geltend gemacht worden seien, Rechnung trage und auf die Verständigung der Parteien großes Gewicht lege! Das sind natürlich nur Vorwände. Den Agrariern zu Liebe verzichtet der Finanzminister auf die den Einkommensteuerpflichtigen in Aussicht gestellte Entlastung. Die Einkommensteuerzahler haben schon von vornherein 75 Mill. Mk. mehr aufzubringen, als bisher und sollen nun auch noch durch die Gemeindecinkommensteuer über 150 Prozent der Realsteuern hinaus und zwar dann mit dem doppelten Betrage wie die Realsteuerpflichtigen belastet werden. Die Realsteuern selbst aber dürfen mit einem höheren Satze als 200 Prozent überhaupt nicht herangezogen werden. Dieser agrarischen Verschlechterung der Steuerreform gegenüber fällt der Umstand, daß die Grundsteuer den selbständigen Grundbesitzern ein für alle Mal geschenkt wird und daß die Rückzahlung der Grundsteuerentschädigungen noch über die Vorschläge der Vorlage hinaus erleichtert wird, kaum noch in's Gewicht. Der Finanzminister hat den Hebel in der Hand, dessen Verwertung die Agrarier zwingen würde, der rationellen Durchführung der Reform zuzustimmen; aber er macht keinen Gebrauch davon, weil er großes Gewicht darauf legt, die Agrarier zufriedenzustellen. Gegen den national-liberalen Dr. Miquel war ja der Finanzminister v. Scholz der reine „Mandestermann“.

## Politische Uebersicht.

Die ungarische Unabhängigkeitspartei geht wieder systematisch darauf aus, der Regierung durch Erhebung des Verhältnisses zu Deckerreich ernste Bedenken zu bereiten. Zu den parlamentarischen Skandalen der letzten Zeit gefügt sich neuerdings die von der Opposition nach Kräften geführte Aufregung der Bevölkerung wegen der bevorstehenden Entschädigung des Honveddenkmals. Die Aufregung hat sich enorm gesteigert in Folge eines am Sonntag im „Gymerter“ publicirten Briefes Kossuth's. Dieser Brief fordert indirect zur Zerstörung des Hengydenkmals auf und lautet derartig, daß selbst das genannte Organ der äußersten Linken denselben nicht ganz abjuden mag und längere Sätze blos punkirt. Ausbreitungen werden befürchtet. Zum russischen Domänenminister ist, wie der Petersburger „Regierungsbote“ meldet, der bisherige Gesche des Finanzministers, Geheimrath Jermolow, ernannt worden. Geheimrath Jermolow ist Fachmann und Spezialist, auch gilt er als tiefer und gebiegender Kenner der Landwirtschaft und hat sich in russischen Fachkreisen als Autor vieler Broschüren und Werke über russische Landwirtschaft einen hervorragenden Namen gemacht. Auch in forstwirtschaftlichen Fragen gilt Geheimrath Jermolow für durchaus kompetent und man erhofft, daß jetzt endlich auch etwas im Interesse der Forstwirtschaft, die in Russland noch sehr im Argen liegt, geschehen werde.

Für die russische Landwirtschaft wie auch den Landbesitz erwartet man durchgreifende Reformen.

Der Präsident der französischen Deputirtenkammer, Casimir Perier, hielt bei einem am Sonntag in Troyes zu seinen Ehren veranstalteten Banquet eine Rede, in welcher er hervorhob, die Republik sei geschützt gegen Uebergriffen und Angriffe; man könne wohl mehrere Anhänger der monarchischen Parteien annehmen, aber nur unter der Bedingung, daß sie als Soldaten, nicht als Führer in die republikanischen Parteien eintreten.

Der Centralrath der belgischen Sozialisten beschloß, daß sich die Arbeiter auf's äußerste bereit halten müssen, um im Falle der Annahme des Antrages der gemäßigten Linken das allgemeine Wahlrecht zu verteidigen. An die Provinzialabteilungen erging die Aufforderung, die notwendigen Maßregeln zu treffen. Die Sozialisten theilen sich, diesem Beschluß Folge zu leisten. Als General Drastine am Sonntag aus Anlaß des Geburtstages des Königs die Truppen der Brüssler Garnison inspizirte, brachten, wie die „Globe belge“ meldet, Sozialisten, welche mit einer rothen Fahne dahergingen, Hochrufe auf das allgemeine Stimmrecht aus. Ein sozialistischer Arbeiter, welcher sich in Beleidigungen gegen den König erging, wurde dem „Patriote“ zufolge von der Polizei verhaftet.

Ueber die schwedisch-norwegische Union erklärte in der Sonntags Sitzung der schwedischen ersten Kammer der frühere schwedisch-norwegische Minister des Auswärtigen, Björksterna, die schwedisch-norwegischen Kisten seien so ausgedehnt, die Schären so zahlreich, daß eine Blockade der Häfen unmöglich sei, so lange die schwedisch-norwegische Union existirt. Werde dieselbe aber gesprengt, worauf die von parteiischen Interessen gebildete Majorität des norwegischen Storchings hinarbeiten scheint, so seien Schweden und Norwegen verloren. Die Sprengung der Union wäre gegenseitiger Selbstmord der beiden Nationen.

Hinfänglich der Waffeneinfuhr nach Irland gestattet eine am letzten Sonnabend erlassene Verordnung des Vikarönigs die Einfuhr von Waffen und Munition nur nach Dublin, Belfast, Cork und 14 anderen irischen Häfen; weitere Beschaffungen sind vorbehalten. Die Maßregel steht anscheinend mit der Drohung der Bewohner von Ulster in Zusammenhang, der Homeulegsgebung bewaffneten Widerstand leisten zu wollen.

In Cochinchina haben die Franzosen einen kleinen Erfolg errungen. Nach einem Telegramm des Gouverneurs von Cochinchina ist die Insel Rhone im Mekongflusse von den französischen Truppen am 4. d. ohne Schwierigkeit besetzt worden. Der siamesische Commissar und die siamesischen Soldaten zogen sich auf die Aufforderung des französischen Ministerresidenten zurück. Stung-Tring und Rhone sind bereits von den Franzosen in Besitz genommen.

Aus Peru wird die Meldung von dem Angriff eines Böbelhaufens auf ein amerikanisches Consulat in Peru demittirt. Derselbe ist vermuthlich darauf zurückzuführen, daß am 27. März ein Volkshaus in La Paz (Bolivien) die dortige Fremdenlegation angriff, in welcher amerikanische Studenten eine Begräbnisfeier für einen chilenischen Kaufmann begingen. Der Böbel schoß auf die Brauereifabrikation und stürzte das Logengebäude in Brand. Das amerikanische Consulat in La Paz wurde jedoch nicht angegriffen.

Zur Ailenischen Ministerkrisis meldet der „New-York Herald“ aus Valparaiso, der Präsident Montt lehne es ab, die Demission des Rabinens anzunehmen, bevor er die Präsidenten des Senats und der Kammer befragt habe. Nach einer telegraphischen Meldung des „New-York Herald“ hätte die vom Kriegsminister gestellte Forderung, über Santiago des Belagerungszustand zu verhängen, die Demission des Rabinens herbeiführt. — Der Grund, weshalb der Kriegsminister seine Forderung stellt, geht aus einer weiteren Meldung des „New-York Herald“ hervor, wonach der Böbel in Santiago öffentliche Gebäude angriff, jedoch zurückgeworfen wurde.

In Folge dieser Vorgänge ist über die Provinzen Santiago, Balparaiso und Aconcagua der Belagerungszustand verhängt worden. Der Präsident hat die Demission des Kabinetts bislang noch nicht angenommen.

### Deutschland.

Berlin, 11. April. Am Sonntag Nachmittag hatten der Kaiser und die Kaiserin den Prinzen Alfred von Coburg und dessen militärischen Begleiter Major v. Bülow, sowie u. a. auch den Gouverneur von Masfika Fehr. v. Coben und dessen Gemahlin zur kaiserl. Tafel geladen. Nach Aufhebung der Tafel unternahm der Kaiser zunächst eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten und anschließend daran einen Spaziergang bis zum Schloss. Später führte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers, arbeitete mit dem Chef des Zivilkabinetts und nahm hierauf Marineverträge entgegen. — Nach der „N. Z.“ reist der Kaiser am 14. April abends in Schweinfurt ein, wo er sich sofort am Bord der Nacht „Hohennollern“ einschiffte und am nächsten Tage auf der Nacht die Reise nach Kiel machen wird.

— (Prinz Heinrich) soll, wie der Pariser „Figaro“ sich aus Berlin melden läßt, zur zehnten Wiederkehr des Krönungstages des Jaren nach Moskau entsandt werden, und zu dem Zweck soll der Reichskanzler bereits über die Aufnahme seiner Entsendung bei der russischen Kaiserfamilie Erkundigungen eingezogen haben. — Die Nachrichten des „Figaro“, namentlich über deutsche Verhältnisse, haben sich bisher fast niemals als zutreffend erwiesen.

— (Der Erbgroßherzog von Baden) soll, wie nach der „Rein. Westf. Zig.“ in militärischen Kreisen verlautet, in nächster Zeit zum Divisions-Commandant befördert und nach Freiburg versetzt werden. Seine Gemahlin weilt bereits in Freiburg, der Erbgroßherzog soll nur nach Berlin gekommen sein, um sich beim Kaiser abzumelden und bei seinen bisherigen Vorgesetzten die üblichen Abschiedsbefehle zu machen. Die Ernennung des Erbgroßherzogs von Baden zum Brigadecommandeur in Berlin ist am 27. Januar 1891 erfolgt.

— (Das Staatsministerium) hat am Montag eine Sitzung abgehalten. Der „Nat. Zig.“ zufolge fanden nur laufende Geschäfte auf der Tagesordnung. Ein parlamentarischer Berichtshatter meldet dagegen, daß der Entwurf des Wahlgesetzes, wie er sich im Abgeordnetenhaus gestaltet hat, zur Verhandlung gekommen ist.

— (Im Reichstage) ist am Montag der Gegenwurf betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten zur Berathung gelangt.

— (Zur Einkommensteuer-Voranlegung) wendet sich die „Nordd. Allg. Zig.“ gegenüber falscher Auslegung des Einkommensteuergesetzes durch folgende Ausführungen: In § 11 des Einkommensteuergesetzes ist es in nicht mißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß behufs der Steueranlegung dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen aus eigenem Erwerb — mit Ausschluß der Beihilfe in dem Geschäft des Haushaltungsvorstandes — oder aus anderen Quellen bestehen. Ein Einkommen aus Thätigkeit in der Wirtschaft oder dem Gewerbe des Haushaltungsvorstandes kann als der Verfügung des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen nur gelten, sofern dafür Gehalt oder Lohn in barem Gelde und nicht nur ein Taschengeld gewährt wird. Hieraus ergibt sich des Weiteren, daß die dem Vater von seinem Sohne geleistete gewerbliche Beihilfe nur etwa bei Bemessung des Einkommens des Vaters in Betracht gezogen werden kann.

— (Zur Militärvorlage.) Die „Nordd. Allg. Zig.“ wendet sich heute in einem zweiten „Sprechthümer“ überschriebenen Artikel gegen weitere Ausführungen der Propädeutik „Die Militärvorlage und der Antrag Bennigsen“. Sie hebt hervor, daß die Bennigsen'schen Vorschläge die volle Ausnutzung der Wehrkraft nicht herbeigeführt. Die Verbilligung und Verstärkung der Armee werde beeinträchtigt, eine höhere Schlagfertigkeit werde nicht erzielt. Die Ausführungen der Propädeutik über die Reichsfinanzien seien von sekundärem Werthe für die Beurtheilung der Militärvorlage; die Deckungsfrage komme erst in zweiter Linie in Betracht. Der Antrag Bennigsen's werde zweifellos nach Tendenz und Form dem gleichen Ziele wie die Vorlage zu, aber um dasselbe auch substantiell wirklich zu erreichen, bedürfe es nicht allein der Erweiterung, sondern auch der Verstärkung.

— (Reichstagsabg. v. Buhl) bemerkt nach dem „B. Z.“ die Nachricht, daß er in der zu Wolff-

fein stattgehabten Versammlung geäußert habe, Herr v. Bennigsen habe seinen Compromissantrag bezüglich der Militärvorlage nicht vollständig aus eigener Initiative gestellt, dahin, daß er gesagt habe, v. Bennigsen habe seinen Compromissantrag nicht ohne Fühlung gemacht. Herr v. Buhl erklärte im engeren Kreise, er behalte sich vor, vor der Abstimmung über die Militärvorlage die Niederlegung seines Mandats in Erwägung zu ziehen.

— (Zur Militärvorlage.) Mit welchen Illusionen sich die Regierung bezüglich der Militärvorlage getragen hat und vielleicht auch noch trägt, ergibt sich aus einer in dem Wahlkreise des Abg. Dr. Buhl erfolgten Veröffentlichung. Zur Verbilligung derjenigen Wähler, welche die Annahme der ganzen Militärvorlage möglichen, hatte Herr Dr. Buhl in Briefen die Absicht ausgesprochen, der Reichskanzler werde wohl bereit sein, seine Forderung ganz beehütend herabzusetzen. Einer dieser Briefe ist an den Reichskanzler um Rücksicherung geschickt worden. Darauf hat der Adjutant des Grafen Caprivi unter dem 7. März geantwortet, von Rechtsgültigkeit des Reichskanzlers sei gar keine Rede. Daraus knüpft der Adjutant folgende Bemerkung: Uebrigens scheint die Chance für die Vorlage, Dank den immer lauter werdenden Stimmen aus der Bevölkerung und der unter den Reichstagsabgeordneten zunehmenden Ueberzeugung, daß es sich hier um eine in ihren Grundzügen notwendige und im Einzelnen gut durchgearbeitete Reform handelt, immer besser zu werden. Das war am 7. März; am 17. März aber lehnte die Commission gegen 6 Stimmen diese gut ausgearbeitete Vorlage ab und, wenn Graf Caprivi auf seinem Standpunkt beharrt, wird das Ergebnis der zweiten Verathung im Plenum ein ebenso negatives sein. Wenn dann die Frage zur Entscheidung kommt, ob der Reichstag aufgelöst werden soll oder nicht, so gibt man sich in den Kreisen der verbündeten Regierungen hoffentlich nicht ähnlichen Illusionen hin, wie denjenigen, denen das Schreiben vom 7. März Ausdruck gab. Das könnte doch böse Folgen haben.

— (Ueber die Danziger Protokollversammlung) schrieb am Sonntag die „Kreuztg.“: „Die einzige Persönlichkeit, welche einige Beziehungen zur Landwirtschaft aufzuweisen vermag, ist die des erst vor Kurzem bei der Ergrüßung zum Reichstage im Kreise Stargard Berent durchgefallene General-Landwirthschaftsdirector Albrecht-Susemihl. Dieser, ein bekannter Nationalliberaler hat aber nicht einmal das Wort ergriffen, sondern sich damit begnügt, den freisinnigen Vorkos schweigend mitzumachen.“ Sollte die „Kreuztg.“ hier wider besseres Wissen wieder einmal das Gegentheil der Wahrheit sagen? Herr Albrecht hat nach den Vorträgen des Referenten Kaufmann Müntherberg über den Handelsvertrag mit Rußland und des Staatsraths Gölers über die Goldwährung das Wort genommen, sich mit den Ausführungen derselben einverstanden erklärt und die Annahme der Protokollresolution lebhaft befürwortet. Dem „Bund der Landwirthe“, sagte er, habe er sich nicht angeschlossen und werde es auch in Zukunft nicht thun können, weil er die Ueberzeugung habe, daß die Bestimmungen des Bundes dem Gesamtwohl des Staates nicht dienen könne. Herr Albrecht begründete ferner seine Ansicht von der Schädlichkeit des Differentialzollens auf Getreide gegen Rußland für die östlichen Provinzen, von den großen Vortheilen eines deutsch-russischen Handelsvertrages und von der Schädlichkeit des Bismarckismus. Das nennt die „Kreuztg.“: schweigen!

— (Für ein Getreidemonopol) trat im landwirthschaftlichen Kreisverein zu Rathbor der Geh. Regierungsrath v. Selchow-Kubnik ein. Bei den Reichstagswahlen dürfe man nur Candidaten die Stimme geben, die für die Forderung des Getreidemonopols eintreten. Es müsse unter Staatsaufsicht eine große Monopolgesellschaft gebildet werden, welche für einen ein für alle Mal bestimmten und der Qualitätsabstufung unterliegenden Preis von etwa 18 Mark für Weizen und 14 Mark für Roggen allen Weizen und Roggen anzukaufen und für etwa 19 und 15 Mark wieder zu verkaufen hätte. Die Gesellschaft würde den Bedarf im Voraus festzustellen, die gerechte Regelung der Lieferungen von Seiten der inländischen Getreidebauern auf Grund allfälliger Entbedarationen der Gemeinden und der größeren Einzelbezieher zu bestimmen haben. Auch hätte sie Vorküßle zu gewähren, ebenfalls nach einheitlichen unabhängigen Grundsätzen. Die Gesellschaft würde auch das ausschließliche Einfuhrrecht aus dem Auslande und der alleinige Wehrpott zu stehen. Der verbleibende Gewinn würde zur Hebung der Landeskultur und zur Förderung der inneren Colonisation zu verwenden sein. — Wer aber deckt den Verlust? Wir würden dem sozialdemokratischen Zukunftschraut vor dem Plane des Geh. Regierungsrathes v. Selchow bei weitem den Vorzug geben. Nebenfalls würde nach Einführung eines Getreidemonopols vor allem das private Grundeigentum jede Berechtigung verlieren.

— (Zur Wucherergesetznovelle) hat das Reichsencicellium der Berliner Kaufmannschaft in seiner letzten Sitzung nochmals Stellung genommen und dabei namentlich es als irrig bezeichnet, daß die in der Novelle geforderte jährliche Rechnungslegung im vollen Geschäftsbereiche allgemein üblich sei. Schon in Bankgeschäften mache man von der Gesplogenheit, Rechnungsabzünge zu vertheilen, überall da Ausnahmen, wo die Abzünge der wirtschaftlichen Bedeutung entbehren; im Waarenhandel aber bilde die Ertheilung jährlicher Rechnungsabzünge ganz entschieden nicht die Regel, die im Entwurfe beantragte Vorschrift lege also dem Handelsstande nicht sowohl auf, sich einer ungewissen, bestehenden Uebung zu unterwerfen, sie schaffe vielmehr neue Verpflichtungen, für welche ein wirtschaftliches Bedürfnis nur gegenüber Wuchern geltend gemacht werde, und welche zu schändlicher Anwendung gegenüber den ehrlichen Verkäufern gebraucht werden könnten zumal die Verpflichtung des Verkäufers bezw. Gläubigers zur Ertheilung des Rechnungsabzünge nicht einmal die correspondirende Pflicht des Käufers bezw. Schuldners, sich auf den Rechnungsabzünge zu erklären, gegenübergestellt sei. Der Käufer bezw. Schuldner sei in der Lage, durch einfaches Verschleiden des Empfangs eines Rechnungsabzünge dem Gläubiger die Last eines gerichtlichen Verfahrens aufzubürden, es könne nicht entschieden gegen dazugehörig prozessirt werden, daß das Gesetz so lange jeden Kaufmann als Verdächtigen ansehen wolle, bis er seine ethische Handlungsweise nachgewiesen habe. Das Collegium setzt voraus, daß die vorgeschlagene Bestimmung nicht Aufnahme in das Gesetz finden wird, und hält es deshalb zur Zeit nicht für nöthig, seiner Anschauung durch eine besondere Petition Ausdruck zu geben.

— (Die Freunde Ahlwardt's) mißbrauchen neuerdings auch das Petitionsrecht, indem sie Eingaben an den Reichstag gelangen lassen, in welchen über die Behandlung, welche der Reichstag Herrn Ahlwardt hat angedeihen lassen, Klage geführt wird. Das Meiste, was zugestanden wird, ist, daß Ahlwardt sich ungeschickt ausgedrückt habe.

— (Herr Seydel, Gelsen.) ein neuerdings in das agrarische Lager übergegangener ehemals liberaler ostpreussischer Landwirth, hat kürzlich ein Flugblatt vertheilen lassen für die Weizenbauern in der Brenner, in welchem er in einer ziemlich geschmacklosen Märchenform seine Ansichten auseinandersetzt. Zu diesem Flugblatt bemerkt der parlamentarische Correspondent der „Dresd. Zig.“ Folgendes: „Ein Mann hat von seinem Vater ein Gut von geringer Fruchtbarkeit geerbt. Er hält es aber für sein gutes Recht, aus diesem unfruchtbaren Gute ebenso große Erträge herauszuquetschen, wie Andere sie aus fruchtbareren Gütern ziehen, denn er will für seine Töchter ein Heirathsgut ersparen und glaubt, daß die Steuerzahler ihm hierzu beihilflich sein müssen. Er hält die Anlage einer Brennerei für das geeignetste Mittel, um seinem Gute diese hohen Erträge abzugewinnen, und um die Brennerei bauen zu können, verschuldet er sein Gut bis an die äußerste Grenze der Beleihtbarkeit. Ein guter Freund giebt ihm Geld auf eine sogenannte Spornschneidhypothek. Da nun aber tausend Menschen ähnlich gehandelt haben, wie er, sind die Spirituspreise stark herabgegangen und die Brennerei geht nicht. Demselben ist derjenige, der ein fruchtbares Gut von seinem Vater geerbt hat, besser daran, als der, der eine Sandballe geerbt hat. Aber es giebt sehr viele Leute, die von ihren Eltern weder ein fruchtbares noch ein unfruchtbares Gut und überhaupt kein Vermögen geerbt haben. Und sie müssen doch den Kampf um das Dasein mit eigener Kraft und ohne fremde Hilfe führen. Wer ein Gut mit sandigem Boden geerbt hat, muß mit den Erträgen, die es liefert kann, zufrieden sein, oder muß es verkaufen, aber er darf sich nicht in die Ausschung hineinstecken, daß er aus der Sandballe ein ertragreiches Gut machen kann. Ein Landwirth, der in der Verschuldung seines Gutes bis an die äußerste Grenze der Beleihtbarkeit geht, ist ein schlechter Wirth; wenn es ihm schlecht geht, kann man ihn bemitleiden, aber nicht ihm helfen und ihn nicht von Schuld freisprechen. An Jedermann, welchen Beruf er auch treibe, tritt die Nothwendigkeit heran, seine Unternehmung nach dem Umfange des Kapitals zu bemessen, das ihm zur Verfügung steht, und sich innerhalb der Grenzen seines Credits zu halten. Der Irrthum, daß man mittelst der Brennerei Eisenboden in unbefruchtetem Umfange in Kartoffelboden verwandelt darf, hat in Preußen unglückliches Ansehen gekostet. Und was das Heirathsgut der Töchter betrifft, so hat der Steuerzahler der Regel nach mit den eigenen hinfälligen Sorge, und er darf nicht gehalten werden, es auch für Andere aufzubringen.“

— (Noblesse oblige.) Der „Babische Beobachter“ erzählt, daß der Domänenverwalter des Fürsten v. Fürstenberg, Preßinari, den Pächtern von Gütern, die eine abgeschlossene Gemarkung bilden, die unglückliche Anlage machte, jeweils vor Ablauf von zwei Jahren ihre Diensthöfen

u wechseln, damit letztere nicht den Unter-  
fügungsmäßig sein könnten.

### Volkswirtschaftliches.

Mit vieler Mühe hat es die Regierung der  
Republik Brasillien dahin gebracht, daß die Banken  
ihre neue Anleihe ausgeben. Ehedem war dies  
nicht so; bevor Brasillien Republik wurde, hatte es  
niemals Mühe Geld zu bekommen, jetzt aber find die  
Zustände dort so außerordentlich unheilbar geworden,  
daß wir uns keiner deutlichen Publikum nicht genug davon  
warnen können, für diese Anleihe sich zu interessieren.  
Dasselbe gilt von Griechenland und Serbien, sowie  
von Portugal und Argentinien.

Die sozialdemokratische Genossen-  
schaftsbücherei in Berlin hat in einer kürzlich  
abgehaltenen außerordentlichen Generalfammlung,  
von der aber nur offiziell berichtet wird, eine aber-  
waise Reuebestimmung ihrer Leitung in Folge der Wirt-  
schaftskrise der bisherigen erfahren. Ueber die vor-  
genannten Unregelmäßigkeiten erhaltete die mit der  
Prüfung betraute Untersuchungskommission folgenden  
Bericht: Die Bücher der Genossenschaftsbücherei und  
die seitens des Ausschusses stattgehabte Unter-  
suchung

lassen nicht erkennen, daß eine vollständige Schädlung  
der Genossenschaft von Scholz und Lazarus verübt  
worden ist. Durch unterlassene Eintragungen von  
Geschäftsvorgängen, welche auf die Unfähigkeit, nicht  
auf die Unrechtheit der früheren Vorstandmitglieder  
Sch. und L. zurückgeführt werden können, und in  
Folge der mangelhaften Aufsicht seitens des derzeitigen  
Ausschusses ist eine Schädlung der G. V. durch  
die Vorgesetzten als erwiesen erachtet. Die vom  
Ausschussrat vorgenommene Entlassung des Vorstandes  
und des Buchhalters Cypmann erklärt die Kommission  
als eine durchaus berechtigte und im Interesse der G. V.  
notwendige Handlungsweise. — Zum Geschäftsführer  
wurde nun ein Kaufmann Ludwig Freitag und zum  
Kassierer ein Kaufmann Großbold erwählt.

### Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Die künstlerische Anspruchslosigkeit der Chicagoer  
Weltausstellung verlor sich ebenso impopular zu werden,  
wie die ganze Veranstaltung, mit der die Neue Welt alles  
in Europa Geschehene in den Schatten zu stellen versucht.  
Der dekorative Schmuck der langen Gallerien und Dome der  
Ausstellungsbauten rühret von den ersten amerikanischen  
Künstlern her, die auch die Anlagen und das Ufer des  
Michigan Sees mit einer Fülle von herrlichen Gebäuden  
überhäufet haben. Einen instructiven Bericht über die

Reise der Chicagoer Ausstellung finden wir in dem neuesten  
Heft der **Modernen Kunst** (Berlin W. 57, Verlag von  
Rich. Bong) und verschiedene bildliche Darstellungen der  
Gemälde, die in den Ausstellungsräumen gezeigt worden  
sind, zeigen dem Leser, daß die amerikanische Kunst sich mit  
Grasie und Geschmack ihrer Aufgabe entledigt hat. Dasselbe  
Heft führt uns in das pittoreske Livorno bei Rom; inter-  
essante farbenprächtige Darstellungen des Malers Enrico  
Pardi illustriren den Bericht, den Siegfried Samoilch über  
das beliebte Ausflugsziel aller Romfahrer gegeben hat. In  
dem gleichfalls vorliegenden vorletzten Heft der „Modernen  
Kunst“ finden farbige Bilder herrlicher Charaktere das Auge  
des Lesers; es sind dies prachtvoll gezeichnete huma-  
nistisch angehauchte Darstellungen aus dem modernen  
Globe-Touristenleben, und kein Geringerer als Professor  
F. Kopp hat diese echt modernen Geißt abgebenden Bilder  
gezeichnet und in Vortrefflichkeit gemalt. Die farbige Repro-  
duktion ist des höchsten Lobes würdig. G. von Damphe,  
der Verfasser des Jung-Jellen-Romans „Drohen“ hat  
einen pikanten kleinen Novellenstift zu den Bildern ge-  
schrieben, eine Skizze „Die kleine Baroness“. Unter den  
Kunstbeilagen stellt vor allem Corbin's viel bewundertes  
Gemälde „Auf der alten Weise in Rastbad“, das jedem  
Freunde des schönen Vorbildes werth sein wird. Reiche  
Fülle von Kunst-, Literatur-, Theater- und Berichten aus  
allen Kunstkreisen, sowie novellistischer Beiträge von Wilhelm  
Walters u. a. geben einen großen und interessanten Ver-  
halt. Die in Vorbereitung befindliche Frühjahrsnummer  
der „Modernen Kunst“ berichtet nach der Ankündigung des  
Inhalts eine glänzende Erscheinung zu werden.

### Anzeigen.

Ist diesen Theil übernimmt die Redaction  
des **Wochens** gegenüber keine Verantwortung.  
Es wird bekannt gemacht, daß Druck-  
speculare der **Städtischen Haushalts-Stats**  
des **1893/94** zur Abholung im Communal-  
Bureau bereit liegen.  
Merseburg, den 30. März 1893.  
Der Magistrat.

### Auction

im **städtischen Leihhause**  
zu **Merseburg**  
Sonnabend den **6. Mai 1893**,  
von **9 Uhr** ab,  
der nicht eingebliebenen **Grundstücke** von **47576**  
bis **48900**, enthaltend **Geld** und **Silber-**  
**sachen**, **Kleidungsstücke**, **Schreibzeug**, **Wäse** u.  
c. Die etwaigen **Ueberflüsse** können binnen  
**zweckfrist** in **Empfang** genommen werden.  
Merseburg, den **6. April 1893**.  
Der **Verwaltungsrath**.  
Behnender.

### Zwangsvorsteigerung.

**Mittwoch, 12. d. M., vor-**  
**mittags 11 1/2 Uhr**, versteigere ich in  
Merseburg  
1 **Kachelofen** (neu), **verschiedene**  
**Möbel** und **1 Klavier**.  
Verkaufsort: **Reformation „Zur**  
**Schiffahrt“** hier, **Karlstraße**.  
Merseburg, den **10. April 1893**.  
**Tauchnitz**, **Gerichtsvollzieher**.

### Zwangsvorsteigerung

**Mittwoch, 12. d. M., vor-**  
**mittags 10 Uhr**, versteigere ich in  
„**Casino**“ hier  
**verschiedene Möbel**.  
Merseburg, **10. April 1893**.  
**Tauchnitz**, **Gerichtsvollzieher**.  
Ein **preiswürdiger Importirter**  
**Simmentaler Oule** ist zu  
verkaufen  
**Daspig Nr. 15**.  
Veränderungshalber preis-  
werth zu verkaufen: **dunkel**  
**Zuchtschaf**, **10 J.**, **6 1/2** — **edel**  
**aus**, — **gesund** — **trumpftromm**  
**gutes Jagdhorn** — **trägt** jed. **Gew.**  
**Gezur**, **Seigerstraße 1**.  
**General-Major von Versen**.  
Eine **neumelkende Ziege**,  
gut im **Laufen**, ist zu verkaufen  
**Friedrichstraße 2**.

### Kartoffeln.

Abnen, **frische** **darbelle**, **ertragreiche** **Schweden-**  
**Waren** à **Mt. 5,20** bei **(H. Fischer, 44)**  
**Häckerleben**, **Wolkeplatz 6**.

### Ein Möbelwagen

best **preiswerth** zum Verkauf. **Reflektanten**  
sind **betriebe** im **Hungaren** zur **Besichtigung**.

### Achtung.

Leben **Neuen** und **großeren** **Polen** **Sagge-**  
**ford** **steht** **billig**.  
**Ziegel** **Amtshäuser 6**.  
Nach **stehen** **dieselbe** **6 Stk 4 1/2 Wagen**  
zu **verkaufen**.  
**Fr. Pege**.  
1 **grauer** **Herren-Sommer** **Ueber-**  
**zieher** und **ein** **Wilde-Dame** **Jacke** sind  
zu **verkaufen**. **Wo?** **fragt** die **Exped. d.**  
**Blattes**.  
**Kapital-Gesuch.**  
**16000 Mt.** werden **an** **einen** **guten**  
**Bankgeschäft** zur **1. Stelle** zu **leihen** **guten**  
**Wandlaffe** **27000 Mt.** **Gest.** **Oferanten** **unter**  
**E. J.** in **der** **Exped. d. Bl.** **niederzulegen**.

### 16000 Mark

weder **an** **ein** **g** **t** **ver** **ins** **ich** **es** **iges** **Grund-**  
**stück** **als** **erste** **hypothek** **zum** **1. Juli** **zu** **leihen**  
**gesucht**. **Grundlaffe** **30100 Mark**.  
Zu **erfragen** in **der** **Exped. d. Bl.**  
Zu **bestehen** **Güterfrage 3**.  
**Wilhelmstraße 1** ist **eine** **Hofwohnung**  
zu **vermieten**. **Näheres**  
**Uderaltensburg 17**.  
Eine **Wohnung** ist **zu** **vermieten**  
**Sand Nr. 15**.  
Eine **größere** **Wohnung** ist **zu** **vermieten**  
und **1. October** **zu** **besetzen**.  
**Sindstraße 10**.  
Ein **kleines** **Logis** für **ein** **oder** **zwei** **einzelne**  
**Leute** ist **sofort** **oder** **später** **zu** **besetzen**.  
**Saalfstraße 5**.  
**Weißenseker Straße 14** sind **2 Logis**  
zu **vermieten** und **1. October** **zu** **besetzen**.  
Eine **Wohnung**, **2 St.**, **Kammer** u. **Küche**,  
**bis** **zu** **verm.** **so** **sofort** **oder** **später** **zu** **be-**  
**setzen**, **2** **Einber.**, **Kammer**, **Küche** **mit** **Wass-**  
**flaß** **1. Oct.** **zu** **bez.** **Lauchhäger Str. 18**.  
Eine **H. Wohnng** für **einzelne** **Leute** zu  
vermieten und **1. Juli** **zu** **besetzen**.  
**Karlstraße 24**.

### Ein Laden

mit **Wohnung** in **guter** **Lage** ist **zu** **vermieten**  
und **eventl. 1. Juli** **d. J.** **zu** **besetzen**. **Zu**  
**erfragen** in **der** **Exped. d. Bl.**  
Ein **Laden**, in **frequenter** **Lage**, zu **einer**  
**Zweckerei** **oder** **jeber** **Geschäft** **passend**, mit  
**Stube**, **2** **Kammern**, **Küche**, **Wasser**, **Schloß**,  
**hens**, **auch** **nützlichem** **mit** **Werkstatte**, **ist**  
**zu** **verpachten** **und** **sofort** **zu** **besetzen**. **Ins-**  
**kunft** **ertheilt** **A. Dietrich** in **Merse-**  
**burg**, **Breitstraße 3**.

### Herrschastliche Wohnung

mit **allem** **Zubehör** **per** **1. Juli** **cr.** **zu**  
**besetzen**. **Zu** **besichtigen** **vormittags** **von**  
**10-12** **und** **nachmittags** **von** **2-4 Uhr**.  
**Sand Nr. 7**.

**Kalleische Str. 21** ist **die** **Barriere-Wohnung**  
zu **vermieten** u. **1. Juli** **zu** **besetzen**. **Näheres**  
**Complat 5, 1 Trebbe**.

Im **Garten** **Weißenseker Str. 2** sind  
zu **vermieten** **1** **Wohnung**, **5** **Zimmer** **mit**  
**Zubehör** **barriere**, und **1** **Wohnung**, **10** **Zimmer**  
**mit** **Zubehör** **über** **dem** **Barriere**, und **1. October**  
**1893** **zu** **besetzen**. **Teuber**.

**Mälzerstraße Nr. 10** ist **die** **erste** **Etage**  
von **jezt** **an** **zu** **vermieten** und **1. October** **d.**  
**J.** **oder** **Neujahr** **1894** **zu** **besetzen**.

Eine **kleine** **freundliche** **Stube** für **eine**  
**einzelne** **Person** ist **von** **jezt** **an** **zu** **vermieten**  
und **Johanni** **zu** **besetzen** **Johannistr. 6**.

**Karlstraße 5 2. Etage** zu **vermieten** und  
**1. October** **d. J.** **zu** **besetzen**.  
Ein **Paar** **kleinere** und **ein** **Paar** **mittlere**  
**Familien-Wohnungen** zu **vermieten**  
**Saalfstraße 13**.

**Freundl. Hofwohnung** nur **an** **anfängliche**  
**Leute** **zu** **vermieten** u. **1. Juli** **zu** **besetzen**.  
**Preis** **32 Takt**. **Breitstraße 10**.

**Freundl. Wohnung**, **3** **Stuben**, **2** **K.**, **Küche**,  
**Zubehör** **und** **verschlossenes** **Entrée**, **zu** **ver-**  
**mieten** **Weißer Mauer 2. 1. Etage**.  
Ein **Logis**, **Stube**, **Kammer** und **Küche**, **ist**  
**sofort** **oder** **später** **an** **ruhige** **Leute** **zu** **ver-**  
**mieten** **Sand 9**.

**Zwei** **Logis** sind **zu** **vermieten**, **eins** **sanft**  
**füßt**, **das** **andere** **zum** **1. Juli** **bezogen** **werden**  
**große** **Saalfstraße 1**.

### Freundliche Schlafstelle

**G. Neumann**, v. d. **Gottschalkstr. 3**.  
zu **vermieten**,  
**Freundl. möbl. Zimmer** **sofort** **oder**  
**später** **zu** **besetzen**  
**Preis** **6, 1 Tr.**

Eine **freundl. möblierte** **Wohnung**, **gehobene**  
**Lage**, **sofort** **zu** **vermieten**. **Wof** **Wunsch** **auch**  
**Mitingsloft**. **Zu** **erfr.**  
**Gottschalkstraße 18, 2. Etage**.

## Nonpareil-Sammet.

Beste Waare zu Knabenanzügen.

### Hugo Hartung,

vorm. J. Schönlicht.

1 **Wohnung** ist **zu** **vermieten**  
**große** **Saalfstraße 9**.  
**Zwei** **freundliche** **Schlafstellen** zu **ver-**  
**mieten**, **sofort** **zu** **besetzen**. **Zu** **erfragen** **in**  
**der** **Exped. d. Bl.**  
Ein **Herr** **sucht** **ein** **möbl. Zimmer** **für**  
**12-15 Mt.** **monatl.** **zum** **1. Mai**.  
Es **ruht** **unter** **Nr. 12** **an** **die** **Exped. d.**  
**Bl.** **erbeten**.  
Eine **freundliche** **Schlafstelle**  
**offen** **Unteraltensburg Nr. 17**.  
**Fein** **möblierte** **Wohnung**  
in **der** **Nähe** **der** **Bahn** **zu** **vermieten**. **Wo?**  
**fragt** die **Exped. d. Bl.**

### Wäsche zum Plätten

in **und** **außer** **dem** **Hause** **wird** **an** **genommen**  
**große** **Saalfstraße 7, 2 Tr.**

### Handtücher

von **Strumpfabrik** **werden** **gewekt**.  
**A. Hiedscholt**, **Schulestr. 22**.

### Meine Wohnung befindet sich

**Krenzstraße Nr. 1.**  
**W. Schliephak**, **Schneider**.

### Bruterei

von **mehren** **mit**  
**Ehrenpreis** **bei**  
**milchen** **schwargen** **nicht** **blutverwandten** **Mil-**  
**norcks** (**haben** **erst** **11** **Monate** **alt**) **verkauft**  
**à** **Stück** **30 Pf.**  
**Gelbert**, **Poststr. 9**.

### Mein reichhaltiges Lager

**garvirter u. ungarvirter Hüte**  
bringe ich zu **den** **billigsten** **Preisen** in **empfehl-**  
**ende** **Erinnerung**.

### Frau Renno, Putzgeschäft,

**Oelgrube 26.**  
**Strohhüte**  
werden **nach** **neuester** **Form** **gewaschen**, **ge-**  
**färbt** **und** **angenäht**. **F. Renno**,  
**Oelgrube 26,**  
**Delgrube 26.**

### Ein wahrer Schatz

für **die** **unglücklichen** **Opfer** **der** **Selbst-**  
**helleckung** (**Quacien**) **gehoben**  
**Ausfluchtungen** **ist** **das** **berühmte**  
**Med.**  
**Dr. Retan's Selbstbewahrung**.  
**80. Aufl.** **Mit** **27** **Abbild.** **Preis** **3** **Mark**.  
**Lebe** **es** **Jeber**, **der** **an** **den** **schrecklichen**  
**Folgen** **dieses** **Wahns** **leidet**, **seine** **auf-**  
**richtigen** **Belehrungen** **retten** **jährlich**  
**Tausende** **von** **sichern** **Tode**. **Zu**  
**besetzen** **durch** **das** **Verlags-Magazin**  
**in** **Welpzig**, **Neumarkt 34**, **sowie** **durch**  
**jede** **Buchhandlung**.

### Hypothekengelder

in **Höhe** **von**  
**100 000 Mt., 80 000, 2 mal**  
**50 000 30 000, 24 000,**  
**3 mal 15 000, 12 000, 9 000,**  
**6 000, 5 000, 5 mal 3 000,**  
**1 800, 1 200 und 600 Mt.**  
**zu** **4-4 1/2 %** **Zinsen**  
**sind** **sofort** **oder** **später** **an** **gute**  
**Grundstücke** **anzuleihen** **durch**  
**Carl Kindfleisch,**  
**Merseburg, a. Neumarktsthor 1.**

### Rechnungsformulare

in **allen** **gangbaren** **Größen**, **100** **Stück** **50 Pf.**  
**und** **1 Mt.**, **hält** **iets** **vor** **ständig**  
**26. Näheres**, **Delgrube 5.**

### Zur Saison

**empfehle** **große** **Auswahl** **garvirter**  
**und** **ungarvirter**  
**Damen- u. Kinderhüte**  
**zu** **billigsten** **Preisen**.

### Stroh Hüte

werden **zum** **Waschen**, **Färben** **und** **Mo-**  
**derisieren** **angenehmen**.

### M. Exner,

**Entenplan.**  
**Beuten**  
**Havana-Honig**  
**empfiehlt**  
**Otto Jahn.**

### Tinzer Flaschenbiere,

**Söwenbräu** **21** **Hl. Mt. 3.**  
**Tagelbier** **30** **Hl. Mt. 3.**  
**empfiehlt** **frei** **Haus**  
**H. Ziesche**, **Kosmarkt 10.**

### Entöltes Cacaopulver

à **Pfd.** **2,40** **und** **3,00** **Mt.** **empfiehlt**  
**Gustav Schönberger jun.**

### Bismen-, Gemüß- und Gras-

**Saamen**, **Mais**, **Alece**, **Pyrene** **und** **Gras-**  
**und** **Gerstenerde**, **besten** **Qualität**, **empfiehlt**  
**Neumarkt 7a.** **Julius Thomas.**

### Sophas,

**Lehn- u. Schlafstühle,**  
**Bettst. mit** **Mattreden**  
**u. 37 1/2 Mt. an** **bei**  
**Otto Bernhardt.**



Provinz und Umgegend.

Halle, 10. April. Zum Concurs des Bankiers Bernhard Lindner. Der Erste Staatsanwalt hierseits fordert alle diejenigen Personen, welche durch die Unterschlagung anvertrauter Gelder oder Werthpapiere oder durch sonstige strafbare Handlungen des Beschuldigten geschädigt sind, auf, ihm scheinunglos Mitteilung davon zu machen. Es haben sich bereits eine ganze Anzahl derselben gemeldet. Fast täglich finden Vernehmungen des betrügerischen Bankiers durch den Untersuchungsrichter statt. Die Geschäftsbücher sind nicht in Ordnung und hält es namentlich für den Concursverwalter schwer, sich herauszufinden. Allem Anschein nach haben die vielen Gläubiger so gut wie nichts auf ihre Forderungen zu erwarten.

Halle, 9. April. Die königlichen Specialcommissionen zu Merseburg und Torgau sind am 1. April zu einer Specialcommission mit dem Sitz zu Halle (Dorotheenstr. 17, Parkbad) vereinigt worden. Die neue Specialcommission wird von dem Gerichtsassessor Berrama commissariell verwaltest. Als Bureaubeamte sind ihr Secretär Kramer aus Torgau und Bureauvater Stoye aus Merseburg überwiesen. Die Specialcommission ist ein Organ der Ausinandersetzungsbehörde der königl. Generalcommission zu Merseburg. Es liegt ihr die Bearbeitung von Separations- und Abfindungssachen ob. — Einen ungewöhnlichen Nachbar hat die Witwe D. in Lochau. Als die Frau dieser Tage ihren Garten betrat, sah sie, wie ihr Nachbar G. über die Mauer gestiegen war und im Begriff stand, mit einem Beile Sträucher abzuhacken. Auf den Einspruch der Frau versetzte ihr der Mann mit dem Beile mehrere Schläge über die Arme, wodurch die Frau so erheblich verletzt wurde, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Sangerhausen, 9. April. Wie man dem S. N. berichtet, hatte kürzlich das Comité des hiesigen „Sozialdemokratischen Wahlvereins“ sich an den Magistrat mit dem Antrage gewandt, aus städtischen Mitteln einen Beitrag zu der Kaiserfeier zu bewilligen. Wie nicht anders zu erwarten war, ist der Antrag vom Magistrat abgelehnt worden, und zwar mit dem Bemerkten, daß die Stadt nicht über Mittel verfüge, welche zu patriotischen Zwecken Verwendung finden könnten.

Quersig, 8. April. In der Nacht vom 4. zum 5. d. M. sind nichtswürdige Vandalen in die hiesige Kirche eingebrochen. Nachdem sie einen Grabstein losgerissen und denselben an das Gotteshaus angelehnt hatten, haben sie eine der morschen Fenster aufeinandergerissen und sind durch dasselbe eingestiegen. Ein eiserner Hufschreibercher hat ihnen offenbar als Brechstein dienen müssen. Die Sammelbüchlein sind erbrochen und einer gründlichen Revision unterworfen worden. Glücklicherweise haben sie so gut wie nichts gefunden, da die Gelder erst vor Kurzem herausgenommen worden waren. Dafür haben sie aber eine Anzahl minderwerthiger alter Münzen mitgehen lassen, die in der Sacristei lagen. Auffälliger Weise haben sie die silbernen Leuchter, die einen Werth von ca. 150 Mk. repräsentiren und die noch kostbarere Altardecke unberührt gelassen. Offenbar hatten es die Thäter nur auf klingende Münze abgesehen.

Deffau, 10. April. Die Errichtung einer Filiale der Dorfschule großen Maschinenwerkes in der Nähe unserer Stadt und des Dorfes Alten wird, wie der Mag. Ztg. nach verlautet, demnächst Hinfache werden. Die mit den Bedörden hieserhalb gepflogenen Verhandlungen sollen zu einem günstigen Abschluß geführt haben. Das Dorf soll in den Bereich der projectirten Dessauer Straßenbahn gezogen werden. Die Linie für die Straßenbahn ist nunmehr festgelegt und noch in diesem Jahre soll der Betrieb eröffnet werden.

Leipzig, 9. April. Mit dem 1. Februar 1893 wird Leipzig elektrische Beleuchtung erhalten. Die Stadt ist nach der S. Ztg. zu dieser schnellen Entscheidung durch die Uniersitätsverwaltung gedrängt worden, die vor der Frage der Errichtung einer eigenen elektrischen Beleuchtungsanlage für ihre großartigen Neubauten stand, wenn die Stadtverwaltung bis zu dem angegebenen Termin die von ihr projectirte Anlage nicht fertiggestellt hätte.

Braunschweig, 9. April. Durch einen Zufall ist unsere Kriminalpolizei einer Diebstahlsbande auf die Spur gekommen, deren Specialität es war, Goldwaarengeschäfte in Braunshweig und einer Reihe benachbarter Städte, wie Goslar, Wernigerode, Peine, Nordhausen u. zu behehlen. Ein hiesiger Wäckergerelle Namens Karl Schütte war kürzlich dabei gefaßt worden, als er seinem Meister Württer, Bier 4. l. w. sah. Die Polizei unterzog Schüttes Besatzung einer Durchsuchung, wobei sich als gestohlen gemeldete Goldwaaren vorhanden. Schütte legte bald das Bekändniß ab, daß mehrere ihm verwandte Pa-

willen jene Diebstähle ausgeführt hatten. Wegen dieser Diebstähle sitzen jetzt außer Schütte noch fünf Personen hinter Schloß und Riegel.

Localnachrichten.

Merseburg, den 12. April 1893.

Straupe's Musik-Institut veranstaltete am Montag in der „Reichskrone“ eine Abendunterhaltung, zu der sich die Angehörigen der Schüler und Schülerinnen sowie die Freunde des Instituts in großer Zahl eingefunden hatten. Das Programm umfaßte nicht weniger als 31 Nummern und brachte Beiträge auf dem Pianoforte zu zwei, vier und acht Händen und einstimmige Lieder und Arien, Duette und dreistimmige Frauenchöre. Die Ausführenden waren bis auf einen einzigen Fall lediglich Jüglinge des Instituts, das somit gewissermaßen eine öffentliche Prüfung ablegte, bei der neben den vollendeteren Leistungen auch die bescheidenen Productionen zu ihrem Rechte kamen. Der Erfolg konnte wohl kaum ein besserer sein; man freute sich herzlich an dem sauberen und „taftvollen“ Spiel der Kleinen und bewunderte die Fertigkeit und die gute Schule der Geleiterten, und den Einem wie den Anderen wurde der gern gependete Applaus im reichsten Maße zu theil. Den Schluß des hübschen Familienabends bildete ein gemüthliches Länzchen.

In den Räumen des „Tivoli“ hielt am Montag Abend der hiesige Gesangsverein „Melodia“ eine Abendunterhaltung ab, die ein außerordentlich reichhaltiges Programm aufwies. In der Spitze desselben stand der Kaiser Friedrich-Marck von Friedemann und die Ruy Blas Ouverture von Mendelssohn, beide vom Trompetercorps unserer Hufaren taubellos zu Gehör gebracht. Dieser vortrefflichen Einleitung folgte der prächtige Männerchor „Ostan“ von Beschnit und eine Declaration zum Gedächtniß an Kaiser Friedrichs Tod als Vorbereitung für eine Sammlung zum Besten des hier zu errichtenden Kaiser Friedrich-Denkmal. Das Hauptinteresse nahm unstreitig das herrliche Otto'sche Sonett „Im Walde“ (für Männerchor, Soli und Orchester) in Anspruch, dessen exacte Durchführung die achtungswürdigen Stimmittel des waderen Vereins zur schönsten Geltung kommen ließ und für den unermeßlichen Fleiß der Sänger und ihres Dirigenten ein chrendes Zeugniß ablegte. Den Schluß des unterhaltenen Theils des Programms bildete der einaktige Schwank „Eine Ueberraschung mit Hindernissen“ von E. Hirtze, der von routinirten Dilettanten recht gelungen zur Darstellung gelangte. Der nachfolgende Ball hielt die Festgenossen bis in die späteren Nachstunden gemüthlich beisammen. Die erwähnte Sammlung betrug ca. 50 Mark ergeben.

Einem hiesigen Lehrer, Herrn Wendenburg, ist bei der Vererbung um die Lösung einer von einer reichen Amerikanerin in „Schorers Familienblatt“ ausgeschriebenen Preisaufgabe von den Preisrichtern unter 800 Concurrenten der erste Preis zuerkannt worden, der in dem völlig kostenlosen Besuche der Chicagoer Weltausstellung besteht. Von der königlichen Regierung ist dem glücklichen Preisgewinner bereits der zur Ausführung der Americanfahrt erforderliche Urlaub bewilligt. Wir wünschen glückliche Reise und fröhliche Rückkehr.

Am Montag Vormittag fand im Restaurant „Tivoli“ hieselbst der diesjährige Convent der Wittwen- und Waisenkasse für Lehrer und Kirchenbeamte innerhalb des ehemaligen Stiftes Merseburg statt. Genannter Kassen-Verein ist unzweifelhaft in hiesiger Gegend einer der ältesten seiner Art, denn er trat schon im Jahre 1717 unter der Regierung Moriz Wilhelms, Herzogs von Sachsen-Merseburg, ins Leben und wurde, nachdem er einige Zeit geruht hatte, im Jahre 1762 durch Friedrich August II., Kurfürst von Sachsen und König von Polen wieder erneuert. Derzeitigt und verpflichtet dieser Kasse beizutreten sind alle evangelischen Lehrer, Organisten, Cantoren und Küster des ehemaligen Stiftsgebietes Merseburg, sowohl königl. preussischen als auch königl. sächsischen Anteils. Nach dem in neuerer Zeit revidirten Statut fann mit Genehmigung der sächlichen und Schulaufsichtsbehörden die Berechtigung und Verpflichtung auf später fundirte Stellen, welche mit einem Kirchenamt verbunden sind und dem ehemaligen Stiftsgebiete angehören, ausgedehnt werden. Der abgehaltene Convent beschäftigte sich nach der Gall. Ztg. ausschließlich mit inneren Angelegenheiten. Nach der Jahresrechnung des Vereins pro 1892/93 hatte derselbe im genannten Jahre eine Gesamtvermögenssumme von 8397,77 Mk., eine Gesamtvermögenssumme von 5804,44 Mk., mithin einen Bestand von 2593,33 Mk. Es waren verstorben 8 Mitglieder, deren Hinterbliebene je 100 Mk. Begräbnißgeld erhielten, außerdem wurde in 5 Fällen an die Hinterbliebenen der im Vorjahre verstorbenen Mit-

glieder je 600 Mk. Aussteuer gezahlt. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 161.

Unsere Hufaren liegen jetzt zur Uebung auf Alarm. Heute wird eine Besichtigung der drei hier garnisonirten Escadrons stattfinden, wozu dieselben in feierlich-schönem Aufzuge auf dem Klosterhofe antreten.

Durch Unvorsichtigkeit wurde am Sonnabend dem am Hofplatz spielenden Jährigen Kinde des Handarbeiters D. hier ein Fingerglied abgehakt. Dasselbe mußte vom Arzt völlig abgetrennt werden.

Auf dem Schulplatze erlitt dieser Tage die Frau eines Dörferichers von einem nahen Dorfe einen epileptischen Anfall. Die Unglückliche wurde von einem hiesigen Heilgehilfen und dem Kassellan der ersten Bürger-Knabenschule in dessen Wohnung getragen, wo ihr die nöthige Hilfe zu Theil ward. Mehrere vorübergehende Herren dienten es für passend, jede Handreichung zur Unterstützung der Kranken rundweg abzulehnen.

In einer hiesigen Maschinenfabrik neckten sich am letzten Sonnabend mehrere Lehrlinge gegenseitig während der Frühstückspause, wobei durch Unvorsichtigkeit der Lehrling L. mit einem Messer durch den Arm getroffen wurde. Da sich die Wunde bei der ärztlichen Untersuchung als gefährlich erwies, mußte der Verletzte noch an demselben Tage der Halle'schen Klinik zugeführt werden.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, den 10. April 1893. Die Versammlung tritt sofort nach Eröffnung der Sitzung in die Tagesordnung ein.

1) Wahl eines unbefoldeten Stadtraths. Hierbei werden 20 Stimmzettel abgegeben, von denen 19 auf M. Berger lauten. Letzterer ist somit auf weitere 6 Jahre wiedergewählt.

2) Stadt. Richter referirt über eine Vorlage des Magistrats betr. den Verkauf eines Theils des früher Schäfer'schen Planstücks an der Wilhelmstraße. Als erster Bewerber um ein Stück dieses Terrains hat sich gewerbet der Baunternnehmer Gärtner hier, der in der Karlstraße ein Wohnhaus zu bauen und seinen Bauplatz durch 430 Quadratmeter sächsischen Besitz zu vergrößern beabsichtigt. Magistrat hat sich mit der Frage des Verkaufs eines Theils des besagten Terrains, das zu dem begonnenen Altenburger Schulbau nicht gebraucht wird, beschäftigt und dahin schlüssig gemacht, zur Förderung der Umwandlung der jetzigen Scheunenreihe auf der Westseite der Karlstraße den Anbauer einen Streifen Terrain abzulassen und den Preis für jeden einzelnen Fall besonders festzusetzen. Gärtner soll 10 Mk. für den Quadratmeter zahlen; derselbe hat sich bereits mündlich hiermit einverstanden erklärt. In der Debatte über die Vorlage betont Bürgermeister Reinefarth, daß es sich heute hauptsächlich um die Frage handle, ob von dem freibleibenden sächsischen Terrain verkauft werden soll oder nicht und ob ein Preis von 10 Mk. für den Quadratmeter angenommen werden kann. Der nach Abzug des Terrains für die Anbauer der Karlstraße neben dem Schulgrundstück noch übrig bleibende Landstreifen hat ca. 18 Meter Breite. Derselbe dürfte wegen seiner großen Tiefe als Baugrund für schwer zu verwerten sein. — Stadt. Schwengler fragt, ob die Käufer nicht gehalten werden könnten, das Land bis zu dem Schulgrundstück zu erwerben. — Bürgermeister Reinefarth meint, daß eine solche Bedingung den Verkauf sehr erschweren würde. Behalte aber die Stadt das ganze übrige Terrain für etwaige communale Zwecke, so müsse sie auch die Scheunen erwerben und noch ein Kapital von 40—50 000 Mk. darin festlegen. — Stadt. Meißner hält den geforderten Preis für zu niedrig und schlägt vor, 20 Mk. für den Quadratmeter festzusetzen. — Stadt. Graul und Bürgermeister Reinefarth sprechen gegen diese Forderung. — Stadtrat Rops glaubt, daß der übrig bleibende Landstreifen später einmal zum Bau einer Turnhalle gute Verwendung finden werde. Bei der Abstimung wird die Magistratsvorlage dem Antrage des Referenten entsprechend angenommen.

3) Stadt. Herr unterbreitet der Versammlung einen Antrag des Magistrats, betr. die Ergründung eines Theils des von Schmidt'schen Stifts-gartens zur Anlage einer sächsischen Baumschule vom 1. October d. J. an. Es handelt sich hierbei um den unteren Theil des fragl. Gartens in der Größe von 1 Morgen, wofür das Curatorium der Stiftung einen jährlichen Paht von 30 Mk. fordert. Referent beantwortet den Antrag, der ohne weitere Debatte die Genehmigung erlangt.

4) Auf Antrag des Stadt. Hoffmann wird dem Restaurateur Hoffmann an Oberbaurathshof die nachgesuchte Genehmigung zur ferneren Benutzung eines Stückes sächsischen Terrains zur Auf-



# Correspondent.

Ercheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pf. durch den Hermiträger. —  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 72.

Mittwoch den 12. April.

1893.

## Das Schlussergebnis der Steuerreform.

Bei der Beratung des neuen Einkommensteuer-  
gesetzes wurde festgestellt, daß die Mehreinnahmen in  
Folge der Durchführung der Selbstschätzung und  
damit der gerechteren Veranlagung der Steuern, welche  
der Finanzminister auf 15 Millionen, die Freifünftigen  
auf 30 Millionen schätzten, während sie bekanntlich  
im ersten Jahre 40 Millionen ergeben haben, zur  
Durchführung einer weiteren Steuerreform verwendet  
werden sollten. Für den Fall aber über eine solche  
eine Verständigung bis zum 1. April 1894 nicht  
erzielt würde, wurde ein entsprechender Erlass an Ein-  
kommensteuer in Aussicht genommen. Bei Ausführung  
dieses Vorbehalts wäre die Einkommensteuer in ihrem  
Ertrage für die Staatskasse auf die bis zum Jahre  
1891 erreichte Höhe zurückgeführt und damit eine ge-  
rechtere Verteilung der Steuerlast gesichert worden.  
Für diejenigen Parteien, die auf eine zum mindesten  
theilweise Aufhebung der Grundsteuer hinarbeiteten,  
war dem Finanzminister mit dieser Bestimmung ein  
Bressonnmittel in die Hand gegeben. Sollten sie  
bei der Durchführung der Steuerreform zu weit gehende  
und die übrigen Steuerzahler schädigende Anfor-  
derungen stellen, so würde — das hat der Finanzminister  
selbst mehr als einmal im Abgeordnetenhaus sowohl  
wie im Herrenhaus hervorgehoben — die bloße Hin-  
weisung auf den Erlass von Einkommensteuer von  
unsehbbarer Wirkung gewesen sein. Der Landtag hat  
dem Finanzminister diesen Hebel in die Hand gegeben,  
Herr Dr. Wiquel hat, bisher wenigstens, vorgezogen,  
von demselben keinen Gebrauch zu machen. Schon die  
Steuererleichterung, welche im November v. J.  
an das Abgeordnetenhaus gebracht wurden, kamen  
den Hoffnungen der Agrarier in einem für diese fast  
überraschenden Umfang entgegen. Die Grundzüge  
der Reform sind zur Genüge bekannt. Die Grund-  
steuer, Gebäude- und Gewerbesteuer wird als Staatssteuer  
aufgehoben; ebenso die Vergewerbesteuer. Der da-  
durch für die Staatskasse entstehende Einnahme-  
ausfall wird durch die Ueberwälzung der Einkommen-  
steuer, durch eine neue Vermögenssteuer in Höhe  
von 35 Mill. und durch die bisher den Kreisen über-  
wiesenen Mittel der Lex Huene gedeckt. An die Stelle  
der Realsteuern als Staatssteuern treten also Personal-  
steuern, denn in der Praxis kommt auch die Ver-  
mögenssteuer auf einen Zuschlag zu der Einkommen-  
steuer von dem fundierten Einkommen heraus. Dieser  
Mehrbelastung der Personalsteuern durch den Staat  
folgt im Sinne der „ausgleichenden Gerechtigkeit“  
eine Verminderung der Zuschläge der Gemeinden zu  
der Staatssteuern gegenüber, indem die  
Hebung der Realsteuern den Gemeinden zur  
Deckung ihrer Ausgaben überlassen wird. Diese Ent-  
lastung zu erzwingen, dazu war in dem Communal-  
steuergesetz die Handhabe gegeben. Aber schon der  
ursprüngliche Entwurf ließ in dieser Hinsicht zu  
wünschen übrig. In der Begründung der Vorlage  
war der Nachdruck darauf gelegt, daß die Realsteuern  
sich nicht (oder nicht mehr) zu Staatssteuern eignen,  
daß aber alle Bedenken gegen die Veranlagung und  
Erhebung derselben in Wegfall kommen würden, so-  
bald die Erträge in die Gemeindefassen fließen, da die  
Ausgaben der Gemeinden zu einem sehr erheblichen  
Theile den Realsteuerpflichtigen zu Gute kommen  
würden, daß die Realsteuern, wenigstens insoweit sie  
bisher vom Staate erhoben wurden, in Zukunft vom  
mindesten in demselben Betrage für Rechnung der  
Gemeinden erhoben werden müßten. Die Realsteuer-  
pflichtigen hätten dann immer noch den Vorbehalt ge-  
habt, daß die bisher von den Gemeinden erhobenen  
Zuschläge in Wegfall gekommen wären. Anstatt  
dessen wurde schon in der Regierungsvorlage die Er-  
hebung von Gemeindeforschlägen zu der Staats-  
einkommensteuer gleichzeitig mit der Erhebung der bisher  
staatlichen Realsteuern zugelassen. In der Commis-  
sion des Abgeordnetenhauses hat man dem entgegen-  
gesetzten Weg eingeschlagen: die Einkommensteuer muß  
nicht, aber sie kann ganz oder theilweise freigelassen



Die ungarische Unabhängigkeitspartei  
geht wieder systematisch darauf aus, der Regierung  
durch Erhebung des Verhältnisses zu Deckerreich ernste  
Belästigungen zu bereiten. In den parlamentarischen  
Skandalen der letzten Zeit gefestigt sich neuerdings die  
von der Opposition nach Kräften geführte Aufregung  
der Bevölkerung wegen der bevorstehenden Entschä-  
lung des Honveddenkmals. Die Aufregung  
hat sich enorm gesteigert in Folge eines am Sonntag  
im „Gyrierer“ publicirten Briefes Kossuth's.  
Dieser Brief fordert indirect zur Zerstörung des  
Honzedenkmals auf und lautet derart, daß selbst  
das genannte Organ der äußersten Linken denselben  
nicht ganz abjuden mag und längere Sätze bloß  
punktirt. Ausbreitungen werden befürchtet.  
Zum russischen Domänenminister ist, wie  
der Petersburger „Regierungsbote“ meldet, der bis-  
herige Gesche des Finanzministers, Geheimrath Jer-  
molow, ernannt worden. Geheimrath Jermolow  
ist Fachmann und Spezialist, auch gilt er als tiefer  
und gediegener Kenner der Landwirtschaft und hat  
sich in russischen Fachkreisen als Autor vieler Bro-  
schüren und Werke über russische Landwirtschaft einen  
hervorragenden Namen gemacht. Auch in forstwirth-  
schaftlichen Fragen gilt Geheimrath Jermolow für  
durchaus kompetent und man erhofft, daß jetzt endlich  
auch etwas im Interesse der Forstwirtschaft, die in  
Rußland noch sehr im Argen liegt, geschehen werde.

## Politische Uebersicht.

Die ungarische Unabhängigkeitspartei  
geht wieder systematisch darauf aus, der Regierung  
durch Erhebung des Verhältnisses zu Deckerreich ernste  
Belästigungen zu bereiten. In den parlamentarischen  
Skandalen der letzten Zeit gefestigt sich neuerdings die  
von der Opposition nach Kräften geführte Aufregung  
der Bevölkerung wegen der bevorstehenden Entschä-  
lung des Honveddenkmals. Die Aufregung  
hat sich enorm gesteigert in Folge eines am Sonntag  
im „Gyrierer“ publicirten Briefes Kossuth's.  
Dieser Brief fordert indirect zur Zerstörung des  
Honzedenkmals auf und lautet derart, daß selbst  
das genannte Organ der äußersten Linken denselben  
nicht ganz abjuden mag und längere Sätze bloß  
punktirt. Ausbreitungen werden befürchtet.  
Zum russischen Domänenminister ist, wie  
der Petersburger „Regierungsbote“ meldet, der bis-  
herige Gesche des Finanzministers, Geheimrath Jer-  
molow, ernannt worden. Geheimrath Jermolow  
ist Fachmann und Spezialist, auch gilt er als tiefer  
und gediegener Kenner der Landwirtschaft und hat  
sich in russischen Fachkreisen als Autor vieler Bro-  
schüren und Werke über russische Landwirtschaft einen  
hervorragenden Namen gemacht. Auch in forstwirth-  
schaftlichen Fragen gilt Geheimrath Jermolow für  
durchaus kompetent und man erhofft, daß jetzt endlich  
auch etwas im Interesse der Forstwirtschaft, die in  
Rußland noch sehr im Argen liegt, geschehen werde.

ir die russische Landwirtschaft wie auch den Land-  
tag erwartet man durchgreifende Reformen.

Der Präsident der französischen Deputierten-  
kammer, Casimir Perier, hielt bei einem am  
Sonntag in Troyes zu seinen Ehren veranstalteten  
Anst eine Rede, in welcher er hervorhob, die  
epublist sei geschädigt gegen Ueberzählungen und  
Angriffe; man könne wohl ehemalige Anhänger der  
anarchischen Parteien annehmen, aber nur unter  
der Bedingung, daß sie als Soldaten, nicht als  
Männer in die republikanischen Parteien eintreten.

Der Centralrath der belgischen Sozial-  
isten beschloß, daß sich die Arbeiter auf's äußerste  
halten müssen, um im Falle der Annahme des  
Antrages der gemäßigten Linken das allgemeine  
Stimmrecht zu verteidigen. An die Provinzial-  
regierungen erging die Aufforderung, die notwendigen  
Maßregeln zu treffen. Die Sozialisten beilegen  
diesem Beschluß große Folge zu leisten. Als General-  
assise am Sonntag aus Anlaß des Geburtstages  
des Königs die Truppen der Brüsseler Garnison in-  
suzirte, brachten, wie die „Globe belge“ meldet,  
Sozialisten, welche mit einer roten Fahne daherkamen,  
Schreie auf das allgemeine Stimmrecht aus. Ein  
nationalistischer Arbeiter, welcher sich in Verleumdungen  
gegen den König erging, wurde dem „Patriote“ zu-  
ge von der Polizei verhaftet.

Ueber die schwedisch-norwegische Union er-  
klären in der Sonntagsbeilage der schwedischen er-  
stnummer der früheren schwedisch-norwegische Minister  
s Auswärtigen, Björkerna, die schwedisch-  
norwegischen Küsten seien so ausgebeutet, die Schären  
zahlreich, daß eine Blockade der Häfen unmöglich  
sei, so lange die schwedisch-norwegische Union existirt.  
Werde dieselbe aber gespart, worauf die von partei-  
lichen Interessen gebildete Majorität des norwegischen  
Storting's hinarbeiten scheint, so seien Schweden  
und Norwegen verloren. Die Spaltung der Union  
würde gegenseitiger Selbstmord der beiden Nationen.

Hinsichtlich der Waffenlieferung nach Irland  
gestattet eine am letzten Sonnabend erlassene Verord-  
nung des Vizekönigs die Einfuhr von Waffen und  
Munition nur nach Dublin, Belfast, Cork und 14  
anderen irischen Häfen; weitere Verschärfungen sind  
vorbehalten. Die Maßregel steht anscheinend in der  
Trough der Bewohner von Ulster in Zusammenhang,  
der Homeulegesetzgebung bewaffneten Widerstand  
helfen zu wollen.

In Cochinchina haben die Franzosen einen  
kleinen Erfolg errungen. Nach einem Telegramm des  
Gouverneurs von Cochinchina ist die Insel Rhone  
im Melongflusse von den französischen Truppen am  
4. d. ohne Schwierigkeit besetzt worden. Der  
französische Commissar und die französischen Soldaten  
zogen sich auf die Aufforderung des französischen  
Ministerpräsidenten zurück. Seng-Pring und Rhone  
sind bereits von den Franzosen in Besitz genommen.

Aus Peru wird die Meldung von dem Angriff  
eines Böbelhaufens auf ein amerikanisches Consulat  
in Peru demontirt. Dieses ist vermuthlich darauf  
zurückzuführen, daß am 27. März ein Polizeibeamte in  
La Paz (Bolivien) die dortige Fremdenlegation angriff,  
in welcher amerikanische Studenten eine Begräbnis-  
feier für einen chilenischen Kaufmann begingen. Der  
Böbel schoß auf die Brauereifabrikation und stürzte  
das Logengebäude in Brand. Das amerikanische  
Consulat in La Paz wurde jedoch nicht angegriffen.

Zur Ailenkrisis Ministerkrisis meldet der  
„New-York Herald“ aus Valparaiso, der Präsident  
Montt lehne es ab, die Demission des Cabinets an-  
zunehmen, bevor er die Präsidenten des Senats und  
der Kammer befragt habe. Nach einer telegraphischen  
Meldung des „New-York Herald“ hätte die vom  
Kriegsminister gestellte Forderung, über Santiago den  
Belagerungsstand zu verhängen, die Demission des  
Cabinet's herbeigeführt. — Der Grund, weshalb der  
Kriegsminister seine Forderung stellt, geht aus einer  
weiteren Meldung des „New-York Herald“ hervor,  
wonach der Böbel in Santiago öffentliche  
Gebäude angriff, jedoch zurückgeworfen wurde.